

„Energiewende“- das grüne Prestigeprojekt und seine Schneise der Verwüstung“

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, liebe Wählerinnen und Wähler!

Heute findet im Lüdenscheider Rathaus unter maßgeblicher Mitwirkung einer Projektierungsfirma, welche sich der Projektierung von Windkraftanlagen befasst, der sogenannte „Bürgermeister-Check“ statt. Die Bürgermeisterkandidaten haben hier die Möglichkeit, ihre Vorstellungen und Pläne zu schildern, wie sie das Thema „Energiewende und Windenergiegewinnung“ angehen wollen. Der AfD-Bürgermeisterkandidat Thomas Staubach ist zu dieser Veranstaltung gezielt nicht eingeladen worden. Begründung: Die Haltung der AfD gegenüber Windkraftanlagen sei hinlänglich bekannt. Mit anderen Worten: Man möchte kritische Meinungen scheinbar möglichst außen vor halten und unter sich bleiben. Wir lassen uns hiervon allerdings nicht entmutigen und machen kurzerhand unsere eigene Veranstaltung vor dem Rathaus. Wir möchten Ihnen in Kurzform unsere Sicht der Dinge darlegen und erläutern, warum wir die Ausbreitung von Windkraftanlagen ablehnen.

ALLGEMEIN

Angela Merkel mit ihrer konsequent betriebenen Reformverzögerung und Robert Habeck mit seinem beeindruckenden wirtschaftspolitischen Suboptimalismus und Annalena Baerbock mit ihrer unklugen Russlandpolitik werden wohl als Inbegriff der verheerendsten Wirtschafts- und Energiepolitik in die Geschichte eingehen, die Deutschland je erlebt hat. Wenn sich Historiker einst mit dem wirtschaftlichen Niedergang der früheren Industrienation Deutschland befassen werden, werden diese Namen sicherlich einen zentralen Platz einnehmen. Diese Herrschaften haben sich inzwischen aufs Altenteil begeben, sind geföhlt aus der Tagespolitik ausgeschieden oder haben sich neuen, wohldotierten Projekten zugewandt. Sie lassen es sich gut gehen und genießen das Leben. Jedoch haben sie durch einen fatalen Reformstau, eine ebenso fatale und unseriös gemanagte Migrationspolitik und eine von Ideologie getriebene Wirtschafts- und Energiepolitik der verbrannten Erde eine Schneise der wirtschaftlichen Verwüstung hinterlassen, deren Folgen erst langsam und inzwischen mit besorgniserregend zunehmender, unerbittlicher Dynamik über uns hereinstürzen und die wir alle ausbaden müssen. Firmenschließungen, Abwanderungen, Kurzarbeit, 250.000 meist qualifizierte Leistungsträger, die letztes Jahr Deutschland verlassen haben, sind unleugbare Belege dafür, und seien die ideologischen Scheuklappen auch noch so groß und dick und das Maß der Realitätsverweigerung noch so groß. Ohne eine sichere, verlässliche, stabile, schwankungsfreie, günstige und international konkurrenzfähige Energieversorgung ist eine hochentwickelte, diversifizierte, leistungsfähige und exportorientierte Wirtschaft nicht darstellbar!!! Was dies auf die lokale Ebene heruntergebrochen bedeutet, versteht man, wenn man sich fünf Minuten lang mit Lüdenscheider Unternehmern oder Arbeitnehmern der traditionell stark vertretenen Branchen über das aktuelle Sentiment im eigenen Betrieb unterhält. Jetzt könnte man sich fragen: „Was hat das mit Windrädern zu tun und mit dem Bürgermeister von Lüdenscheid?“ Nun, eine ganze Menge. Denn mit dem ideologiegetriebenen, orgiastischen Ausbreiten der Windradteppiche quer durch alle Landschaften geht die Abschaltung, der Rückbau, die Sprengung - kurzum die Vernichtung derjenigen verlässlichen Energielieferanten einher, die buchstäblich die Kraftzentren der deutschen Industrie und des wirtschaftlichen Aufstieges waren und auch noch immer sind, wenn man sich ehrlicherweise vor Augen führt, dass der bei Dunkelheit und Windstille fehlende inländische Strom noch immer von unseren europäischen Nachbarn mit ihren Kohle- und Atomkraftwerken nach Deutschland geliefert wird - dies allerdings zu einem deutlich höheren Preis als früher. Alleine an diesem Umstand schon wird deutlich, dass die verbohrte einseitige Herangehensweise verbunden mit dem AKW-Aus ein Schlag ins Wasser war, die wir mit Wohlstandsverlust, Arbeitsplatzverlust, Existenzängsten, sozialem Abstieg und mittelfristig der Gefahr der Verarmung bezahlen. Dies lässt sich unschwer ökonomisch begründen, aber auch ökologisch. Wir wollen hier auf beide Aspekte eingehen. an darf sich fragen, warum.

Dass alljährlich unzählige Zugvögel von den Windrädern geschreddert werden, sollte inzwischen allgemein bekannt sein. Vorüberfliegende Vögel werden von den Luftströmungen der mächtigen Windradflügel erfasst, von diesen erschlagen oder verletzt und verenden mit gebrochenen Flügeln qualvoll am Boden. Gerade in der unmittelbaren Umgebung von Windparks sind für die Zugvögel so regelrechte „killing fields“ entstanden, die inzwischen von engagierten Ornithologen sogar mit erschreckender Anschaulichkeit kartiert wurden. Bei den Herstellern für Pflanzenschutzmitteln werden bei der Entwicklung eben dieser Mittel für die Maximierung der Sicherheit für Umwelt und Verbraucher umfangreiche toxikologische Untersuchungen vorgenommen. Dabei werden Auswirkungen der Pflanzenschutzmittel, ihrer Spaltprodukte und Metaboliten auf unterschiedlichste Organismen untersucht: vom Wasserfloh über das Wirbeltier bis hin zum fertigen Lebensmittel entlang der gesamten Nahrungskette. Dass von den Windrädern allerdings Jahr für Jahr Unmengen an Abriebstäuben in die Umgebung abgegeben werden, die sich auf Felder, Wälder und Wiesen verteilen und so wie die oben erwähnten Pflanzenschutzmittel in die Nahrungskette gelangen, ist eine wenig beachtete Tatsache. Toxikologische Studien über die Auswirkungen dieser Substanzen in der Nahrungskette oder auf in der Umwelt lebende Organismen wird man allerdings vergeblich suchen. Alleine aus diesem Grund müssten bei konsequent gedachtem Umweltschutz eigentlich sofort sämtliche Windkraftanlagen wegen nicht belegter Unbedenklichkeit rückgebaut werden. Dass in der unmittelbaren Umgebung von Windkraftanlagen durch die Infraschallbelastung Anwohner und auch Wildtiere in hohem Maße belastet werden, sollte man inzwischen auch schon mal gehört haben. Jäger berichten zum Beispiel, dass in der Nähe von Windkraftanlagen praktisch keine Wildtiere anzutreffen sind. Man darf sich fragen, warum. Windkraftanlagen werden oft mitten in den Wald gebaut. Besonders der Waldboden ist für die Aufnahme, Speicherung und unterirdische Weiterführung von Wasser essenziell. Die massiven, Tausende von Tonnen schweren Stahlbetonsockel, die zur Stabilisierung der Windkraftanlagen in den Boden verbaut werden, führen dazu, dass der wie ein Schwamm funktionierende Waldboden zusammengepresst und der Wasserfluss und Wasserhaushalt unter der Erde erheblich beeinträchtigt wird. Dazu kommt, dass die zu Beginn flüssigen Bestandteile verbauten Zements in die vielen Risse, Ritzen und Hohlräume im Boden einfließen und diese nach dem Aushärten abdichten und für Wasser unpassierbar machen. Die Folge: Land- und Forstwirte beobachten immer wieder, dass nach dem Bau von Windkraftanlagen in der Nähe befindliche Wasserquellen, die über Jahrhunderte flossen, plötzlich trocken fallen und auch die Vegetation an der Erdoberfläche zuvor nicht beobachtete Probleme mit Trockenheit bekommt. Dass Windkraftanlagen nach einer relativ kurzen Lebensdauer und einer relativ geringen Energieausbeute bereits gesprengt werden, weil ihre STAATLICHE FÖRDERUNG AUSLÄUFT und sie dann wirtschaftlich einfach nicht mehr rentabel sind, wissen die allerwenigsten. Auf YouTube finden Sie jedoch eindrucksvolle Videos zu diesem kaum beachteten Massenphänomen. Auf diese Weise werden nicht nur Unmengen Subventionsgelder gefressen, sondern der gesamte heuchlerisch gepredigte Klima- und Umweltschutzgedanke verkommt zur grotesken Farce. Dazu kommt, dass durch die Sprengung und durch die in die Umgebung gelangenden Kleinteile (es handelt sich um Sondermüll!!!) schwerer ökologischer Schaden angerichtet wird. Auch die Produktion der verwendeten Materialien kombiniert mit der kurzen Lebensdauer von Windkraftanlagen wirft Fragen nach der ökologischen Sinnhaftigkeit auf. Wer mal ein Zementwerk besucht hat oder ein Stahlwerk, der weiß, wie viel Energie in Produktion dieser Baustoffe gesteckt werden muss. Dazu kommen mitten in die Wälder geschlagene, oft kilometerlange Schneisen, die die mit zahllosen „Spargelstangen“ gespickte Landschaft zusätzlich zerschneiden. Wenn man hier am Ende auch noch mit CO2-Einsparung und Umweltschutz argumentiert, fällt das Bild in Anbetracht der kurzen Lebensdauer einer Windkraftanlage geradezu schändlich grotesk aus.

Für die argumentative Untermauerung der ökonomischen Auswirkungen der sogenannten Energiewende reicht eigentlich schon ein Blick in den Wirtschaftsteil Ihrer Zeitung über die letzten 2-3 Jahre oder in die Verlautbarungen aus den Wirtschaftsverbänden. Das wirtschaftliche Wachstum ist keines mehr, wir stecken in der Rezession fest. Oder nach Habeck: Das Geld ist ja nicht weg, es ist halt nur woanders. Es kommt einem bei diesen bedrohlichen Szenarien nur noch Galgenhumor. Daher denken wir uns: Man muss doch endlich mal in Anbetracht der dramatischen und höchst besorgniserregenden Entwicklungen in der deutschen Wirtschaft sehen und verstehen, dass man endlich mal auch die grundsätzliche Frage stellen muss, ob der seit Fukushima eingeschlagene Weg der Energiewende tatsächlich der richtige ist! Und man muss bei nüchterner Betrachtung doch endlich auch sehen, dass seitdem über die Jahre nichts anderes geschehen ist als die schrittweise energiepolitische und in der Folge auch wirtschaftliche Demontage des Standortes Deutschland! Man muss blind oder ideologisch verblendet sein, wenn man das nicht sieht. Diverse Indikatoren bezüglich der wirtschaftlichen Konkurrenzfähigkeit und der Arbeitsmarktentwicklung sind hierfür ein alarmierendes Zeichen. Es vergeht keine Woche, in der nicht über die Schließung oder die Abwanderung eines namhaften Unternehmens der deutschen Wirtschaft berichtet wird. Das Kernprodukt der deutschen Wirtschaft, das Automobil, steht inzwischen auf wackeligen Füßen. Schuld daran ist nicht allein die Frage der Energieversorgung, aber sie stellt in der Preiskalkulation der Einzelteile, aus denen ein Fahrzeug besteht einen nicht unerheblichen Faktor dar. Und gerade in einer Stadt wie Lüdenscheid sollte man nicht die Augen davor verschließen, dass genau diese Entwicklung mitten ins Herz der Lüdenscheider Wirtschaft trifft und zwar in die Betriebe der Zulieferindustrie, die schon heute größten Belastungen ausgesetzt sind, teilweise schon geschlossen haben, Kurzarbeit machen oder am Rande der Pleite stehen. In diesen Betrieben herrscht ALARMSTUFE ROT! Das zu übersehen, grenzt an politischer Verantwortungslosigkeit oder Mutwilligkeit! Und gerade als Kommunalpolitiker in dieser Stadt sollte man sich diese grundsätzlichen Fragen stellen und sich auch der politischen Debatte mit dem kritischen politischen Gegner stellen! Denn von diesen immer mehr in Bedrängnis geratenden Unternehmen hängen Arbeitsplätze, Gewerbesteuern, die soziale Stabilität und der soziale Frieden, die wirtschaftliche Entwicklungs- und Lebensfähigkeit einer Stadt und einer Region ab! Insofern finden wir es im aktuellen wirtschaftlichen Kontext geradezu vermessen, beim Lüdenscheider „Bürgermeister-Check“ eine Seite der Medaille vollständig wegzuleugnen und nur diejenige Seite zu betrachten und zu feiern, weil sie einem so gut gefällt. Wir bedauern es sehr, dass gerade diejenigen, die das Wort „Demokratie“ so oft und gerne in den Mund nehmen und sich dabei geradezu als Retter und Heilsbringer beweihträuchern, sich dieser eigentlichen Debatte verschließen. Und wir können nur darauf hoffen, dass dies von immer mehr Menschen verstanden wird und der Wähler am 14. September bei der Kommunalwahl die richtige Entscheidung trifft.